

gegen dem was der Vorschlag, die preussische Regierungsgeschäfte durch eine erweiterte Reichsregierung mitzuführen zu lassen, in praktisch durchaus gangbaren Bahnen, wenn er auch vorläufig über das Stadium theoretischer Erörterung noch nicht hinausgekommen ist.

Bis auf weiteres wird nichts anderes übrig bleiben, als daß man auf dem Wege der parteipolitischen Beziehungen versucht, die im Interesse einer einheitlichen deutschen Zentralpolitik wünschenswerte Gleichförmigkeit der preussischen und der Reichsregierung herbeizuführen. Ein Blick auf die jüngste Vergangenheit läßt erkennen, in wie erheblichem Maße die parteipolitische Wechselwirkung zwischen Preußen und dem Reich in Kraft getreten ist. Das preussische Kabinett Stegerwald, das nur aus Zentrumsmittgliedern und Demokraten bestand, wurde trotz einwandfreier Führung der Geschäfte nur dadurch in seinem Bestande erhalten, daß im Mai 1921 im Reich die Sozialdemokratie in die Regierung trat. Bald darauf einmühtig war und nun auf die preussische Partei einen starken Druck ausübte, um auch in Preußen eine ähnliche Entwicklung zu erzwingen. Herr Stegerwald ließ sich durch das sozialistische Drängen bewegen, die vorerwähnte Erklärung abzugeben, und die Demokraten führten im November 1921 die Entscheidung herbei, indem sie aus der Regierung austraten, die nun natürlich als bloße Zentrumskolonne nicht weiterbestehen konnte. Das Zentrum trat jetzt mit großem Nachdruck für die Bildung der Großen Koalition ein, und da auch die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages, wenn auch nur mit geringer Mehrheit, ihre Unterhändler zu Besprechungen über die Große Koalition ermächtigte, da die Demokraten sich ebenfalls mit dieser Ermächtigung einverstanden erklärten, so hätte die Deutsche Volkspartei das letzte Wort, und sie gab den Ausschlag zugunsten der Großen Koalition, die bis zum Anfang des Jahres 1925 bestand. Dann vollzog sich im Reich ein neues wichtiges Ereignis, das abermals seinen parteipolitischen Wurzeln bis nach Preußen zurückzuführen ist und dort wieder einen Umschwung herbeiführte. Am Reich kam es zur Bildung der ersten Regierung unter Beteiligung der Deutschnationalen. Im Anschluß daran entschloß sich die Deutsche Volkspartei im Reich zu einem Akt größter Popularität gegenüber der deutschnationalen Nachbarteil, indem sie die parteipolitische Fraktion des Preussischen Landtages veranlaßte, ihre Minister aus der Regierung zurückzutreten, um die Bahn für eine den Verhältnissen im Reich entsprechende Entwicklung freizumachen. Dieser Schritt hatte aber nicht die gewünschte Wirkung, weil Zentrum, Demokraten und Sozialisten sich zunächst die frange Theorie zu eigen machten, daß das Vertrauensvotum, das früher die Große Koalition erhalten hatte, auch für die Weimarer Koalition nach dem Ausscheiden der Deutschen Volkspartei noch fortwirke. Diesen Standpunkt konnte die Regierung jedoch nicht dauernd behaupten, sondern mußte sich der Opposition insofern fügen, daß sie schließlich doch zurücktrat. Nunmehr gab es eine Periode heftiger par-

lamentarischer Kämpfe in Preußen, die deshalb nicht im Sinne der beiden großen, zusammen in der Opposition befindlichen Reichsparteien zum Austrag zu bringen waren, weil auf Grund der durch die Wahlen vom 7. Dezember 1924 geschaffenen Mehrheitsverhältnisse in Verbindung mit den einschlägigen erwerbenden Verfassungsbekanntmachungen kein Mehrheitsvotum durchgedrückt werden konnte. Aus diesem Strömungsweg am Ende die Regierung Braun-Segerling mit einer ganz knappen Mehrheit in den Tagen eines Vertrauensvotums, das eigentlich keines war, weil es zu sehr auf der Spitze stand. Spätere Bemühungen, die Deutsche Volkspartei wieder an der Regierung zu beteiligen, verliefen erfolglos im Sande, weil die Weimarer Koalitionsparteien bei der Befragung verschiedener von der Volkspartei beauftragter Regierungskandidaten ein brüderliches Verhalten zur Schau trugen. Seitdem gewann die Regierung Braun-Segerling eine feste Stellung durch die Annäherung an die Kommunisten, die sich nun nicht mehr auf die Seite der Opposition schlugen, und von den parlamentarischen Reformen, die vom kommunistischen Tische kamen, jetzt nach dem Ausschließen der Weimarer Koalition aus der Regierung Braun-Segerling. Es ist zweifellos ein politisch sinnvoller und für die staatlichen Verhältnisse schädlicher Zustand, daß in Preußen die beiden großen Reichsparteien draußen vor der geschlossenen Regierungstür stehen müssen.

Wenn jetzt das Zentrum sich entschloß, die Weimarer Koalition in Preußen zu sprengen, wie feinerzeit die Deutsche Volkspartei die Große Koalition sowohl in Preußen wie im Reich sprengte, um den Weg nach rechts zu ebnen, so wäre es mit der sozialistischen Vorherrschaft im größten deutschen Lande vorbei, weil dann die Sozialdemokraten und Demokraten auch mit den Kommunisten zusammen in eine feste Minorität verlegt würden. Daraus, daß der Abgeordnete v. Wundrat im Reichstage eine Rückwirkung der Neuorientierung seiner Partei im Reich auf die preussische Verhältnisse ableiten hat, ist noch nicht die Schlussfolgerung zu ziehen, daß das Zentrum an dieser Stellungnahme dauernd festhalten werde. Die Partei, die wie keine andere darauf bedacht ist, sich alle Wege offen zu halten, und die sich selbst eine Stunde vor der Entscheidung noch nicht bindet, weil sich die Parteien untereinander befinden, in denen die Lage sich ändern könnte, will offenbar erst einmal abwarten, wie die Dinge im Reich verlaufen, und wenn sie sieht, daß der Reichstag von Bestand ist, wird sie sich schwerlich mit unüberwindlicher Hartnäckigkeit darauf verlassen, daß in Preußen für sie ein Grenzfeld offen bleibt, was sie im Reich verwirklicht hat. Man wird also wohl damit rechnen dürfen, daß die Lage der Weimarer Koalition in Preußen gesäubert und daß die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei dort aus ihrer unfruchtbaren Oppositionstellung demnächst wieder heraustrreten können, um ihre vereinte Kraft ebenfalls wie im Reich, den Interessen der Gesamtheit durch Anteilnahme an der Regierung zu widmen.

Ausdehnung der Revolution in Portugal.

Lissabon, 8. Febr. Aus Portugal Nachrichten aus der spanischen Grenze eingetroffene Berichte besagen, daß die revolutionäre Bewegung in Portugal nicht nur in diesem Lande so zahlreiche Revolutionen hat, sondern daß es sich um die erste Revolution handelt, die seit dem Sturz der Monarchie in Portugal sich überhaupt ereignet habe. Es wird berichtet, daß die neue Revolution auch die Hauptstadt ergriffen habe und eine überaus folgenschwere Entwicklung genommen habe. Auch die Flotte habe sich den Aufständischen angeschlossen. Es ist die Flotte der Reichsmarine, die die portugiesische Flotte bildet, deren Besatzung aber bedeutende Schwierigkeiten bereitet. Die Revolutionäre haben die Flotte nicht mehr anzuwenden können, das revolutionäre Komitee hat in einem Fall den bisherigen Kommandanten General Gormona aufgefodert, abzutreten, da man das „Verfassungsmäßige Regime“ unverzüglich wieder einführen wolle.

London, 8. Febr. Nach den aus Portugal einkehrenden Nachrichten befindet es sich jetzt, daß die portugiesische Revolution etwas vorwärtlich die bedingungslose Kapitulation der Aufständischen angekündigt hat. Der Gehäufte Kampf in Porto dauert nicht nur an, sondern die revolutionäre Bewegung hat auch auf Lissabon übergriffen. Die revolutionären Truppen, die Matrosen, die Polizei und mehrere Nationalisten sollen sich jetzt der Revolution angeschlossen haben, und eine Anzahl wichtiger strategischer Punkte Lissabons besetzt haben.

In England verfolgt man die Revolution mit dem größten Interesse, da in Portugal große wirtschaftliche Werte des englischen Handels auf dem Spiele stehen. Die militärischen Erfolge, deren Bemerkung zu den Aufständischen übergegangen ist, beantwortet das Feuer eines Kreuzers, der Lissabon beschießt. Bisher soll eine große Anzahl Revolutionäre getötet und eine große Anzahl verwundet worden sein.

Lissabon, 8. Febr. Am Ozean auf der revolutionären Bewegung in Portugal werden ein Kreuzer nach Lissabon und zwei Torpedobootversorger nach Porto entsandt werden, um die britischen Interessen zu schützen.

Straßenkämpfe in Lissabon.

Paris, 8. Febr. Nachrichten aus privater Quelle über die portugiesische Aufstandsbewegung wollen wissen, daß sich in den Straßen Lissabons heftige Kämpfe abspielen sollen, die sich zwischen der revolutionären Bewegung und den Aufständischen abspielen sollen. Die Aufständischen sind demnach die Führer der Bewegung, die die Niederwerfung einer konstitutionellen republikanischen Regierung zum Zweck haben. Nach dem „Temps“ handelt es sich bei der Aufstandsbewegung um einen Versuch der Demokraten, wieder zur Macht zu gelangen. Dem Kampf zwischen den Generälen stehen die politischen Parteien abwartend gegenüber.

Der Evangelische Bund gegen Dr. Doehring.

Berlin, 8. Febr. Das Präsidium des Evangelischen Bundes erklärt folgende Erklärung: Herr Dr. Doehring nimmt im „Reichsboten“ zum dritten Male das Wort über sein Verhältnis zum Evangelischen Bund. Wir verlangen und wiederum, näher darauf einzugehen, aus den bekannten Gründen. Auch sein Hinweis darauf, die hauptstädtische Zensur habe ihn in seinem Weisheit geübt, bedarf entschiedener Richtigstellung. Auch ihm dürfte nicht entgangen sein, daß die Zensur zwar gegen Doehring, aber keinesfalls für den Evangelischen Bund laut geworden ist. Diese Unterscheidung ist wichtig! Wenn er dann weiterhin zu erkennen gibt, der Evangelische Bund bestreide nicht, weil er nicht noch größere Wellen im öffentlichen Leben werfe, so muß man demgegenüber darauf hinweisen, daß der Evangelische Bund es in dieser Beziehung zu seiner Zeit an sich selber ließ. Wir erinnern nur an sein Vorgehen gegen die Wiedererrichtung des „Reichsboten“-Ordnens, an seinen Kampf gegen das Konkordat und anderes. Es muß dann weiter daran erinnert werden, daß dem Evangelischen Bund ein ganz wesentliches Verdienst an dem mit großem Erfolg gekrönten Einigungsstreben zwischen den deutschen Kirchen und innerhalb des Gesamtprotestantismus zukommt, und auch sein Anteil an der Einführung der Reformations- und Luther-Feiern darf nicht unerwähnt bleiben. Danach rechnet er sich zur besonderen Ehre, daß es ihm gelungen ist, am evangelischen Kirchenvolk das nicht leichte Werk der Erweckung und Erziehung zum evangelischen Bewußtsein erfolgreich zu betreiben; Hunderttausende haben sich auf Grund seiner Anregungen überhaupt erst wieder darauf besonnen, daß sie evangelische Christen sind.

Wenn diese ganze Arbeit des Evangelischen Bundes, insbesondere diese Missionstätigkeit am Protestantismus selbst von Herrn Dr. Doehring als „Gamaischen Dienst“ abgetan wird, so müssen wir das mit großem Bedauern und mit aller Schärfe ablehnen. Wir sind uns vielmehr bemüht, gerade damit „rechten Ariansdienst“ am Evangelium nach der Weise des Martin Luthers“ getan zu haben. Dem von Dr. Doehring geäußerten Vorhaben einer Neuprüfung gegenüber können wir nur mit tiefem Schmerz darauf hinweisen, daß die Verhinderung gleichzeitiger Bestrebungen die Gefahr des Protestantismus ist.

Aufruf zur Bildung eines Luther-Ringes.

Berlin, 8. Febr. Hofprediger D. Doehring, der bekanntlich vor kurzem aus dem Vorsitz des Evangelischen Bundes ausgeschieden ist, veröffentlicht im „Reichsboten“ einen Aufruf zur Bildung eines Luther-Ringes für aktive Christen zum Aufbau reformatorischer Grundlagen. Die materielle Grundlage zur Durchführung seiner Arbeit werde der Lutherling durch den Lutherpennia sicherstellen, den jeder evangelische Hausvater sowie jeder Einzelstehende pro Tag spenden soll. Der Lutherling soll am 18. Februar, Luthers Todestag, in Aktion treten.

Deutsch-polnische Verhandlungskrisis.

Deutscher Protest gegen die polnischen Ausweisungen.

Berlin, 8. Febr. In den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen ist eine schwere Krise eingetreten. Wie die T. N. erzählt, hat der deutsche Gesandte in Warschau am vorigen Sonnabend beim polnischen Ministerpräsidenten eine Demarchie unternommen und unter Zurücklassung einer Denkschrift darauf hingewiesen, daß die in letzter Zeit erfolgten Ausweisungen von Deutschen für die deutschen Niederlassungsverhandlungen eine starke Belastung seien, und daß es fraglich erscheine, ob die Verhandlungen fortgesetzt werden können. Der Schritt des deutschen Gesandten erfolgte auf Grund von Anmerkungen, die ihm noch von der damaligen Reichsregierung angekommen sind.

In den Meldungen über den Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hören wir von unterrichteter Seite: Es trifft leider zu, daß in den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen eine ernste Krise eingetreten ist.

Schon seit mehreren Monaten drehen sich die Verhandlungen um dieselben Punkte, ohne vom Fleck zu kommen. Trotz aller deutschen Bemühungen ist man einer Verständigung über die vertragliche Regelung von Einfuhr, Aufenthalt und Niederlassung sowie über die sozialistischen Bestimmungen auch jetzt noch nicht nähergekommen. Diese Verhandlungslage ist noch in der letzten Zeit durch die Ausweisung einer Anzahl von Reichsdeutschen, insbesondere aus Polnisch-Pommern, noch weiter schmerzhafter geworden. Die deutsche Regierung hat hieraus den Eindruck gewonnen müssen, daß die polnische Tendenz der polnischen Verwaltungsstellen bewußt darauf ausgeht, deutsche Unternehmungen in Polen durch Ausweisung von Reichsdeutschen zu schwächen oder zu vernichten. Man kann das Verhalten der polnischen Behörden überhaupt kaum anders deuten, als daß man polnischerseits die Niederlassungsverhandlungen nicht mehr ernst nimmt. Es widerspricht jedem Rechtsgefühl, wenn Ausweisungen, die die Betroffenen ihrer Existenz berauben, ohne legitimen Grund und lediglich aus nationalpolitischen Rücksichten, erfolgen. Die Meldung, daß die polnische Regierung die Ausweisung der genannten Reichsdeutschen aus Oberschlesien aufgehoben habe, hat sich leider nicht bestätigt. Es liegt auf der Hand, daß dadurch eine Lage entstanden ist, die die Fortführung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen auf das ernste gefährdet.

Die Kattowitzer Ausweisungen wirksam.

Der Einspruch des deutschen Gesandten erfolglos. (T. N. Kontroversen.) Neutchen, 8. Febr. Die Oberschlesische Kleinbahn-Direktion in Kattowitz teilt zu der Ausweisung von vier Direktoren der Gesellschaft mit, daß die Bemühungen des deutschen Gesandten in Warschau, die vor einigen Wochen schon beachtete Ausweisung zu verhindern, ohne Erfolg geblieben sind. Stanislaus Dr. Sonneck erhielt noch eine Frist bis zum 15. Februar, während Direktor Grotzian, Regierungsbaumeister Deneckner und Dr. Jesse bereits gehen das polnische Staatsgebiet verlassen mußten.

Neutchen, 8. Febr. Nach einer Blättermeldung wurde das Verhandlungsglied Eichholz der Vianco-A.G. in Kattowitz seines Postens enthoben. Eichholz hat den Befehl erhalten, das polnische Staatsgebiet zu verlassen.

Polnisch-englischer Vertrag?

Berlin, 8. Februar. Nach der vor kurzem erfolgten Praeger Ablehnung eines polnischen Freundschaftsvertrags-Angebots wendet sich das Interesse der Warschauer politischen Kreise in den letzten Tagen verstärkt dem Plane eines polnisch-englischen Vertrags an, zu dem der Warschauer englische Gesandte Sir Max Miller bei seinem letzten Aufenthalt in London die ersten Unterlagen beibringen hat. Die der Auen-Deutropo-Trautmann erzählt, ist an die Fortsetzung eines Handelsvertrages gedacht, bei dem England — nach dem Scheitern der amerikanischen Anleiheverhandlungen Polens — den polnischen Geldbedarf decken soll. England hofft, durch eine engere Gestaltung seiner Wirtschaftsbeziehungen zu Polen eine bessere Ausbeute seiner kurzzeit teilweise brachliegenden Waldkonzessionen im Wielkopoler Gebiet erreichen zu können. Auch sollen englische Vertretungen in Warschau polnische Reichsgebiete zugewiesen erhalten. Ein Teil der geplanten Anleihe ist für den Bau von strategischen Bahnen an der russischen Grenze bestimmt, die schon jetzt in der polnischen Presse erörtert werden. Soweit das Geld nicht in England selbst aufgebracht werden kann, will man die europäische (Pariser) Morgengruppe unterstützen.

In diplomatischen Kreisen Warschaws verfolgt man diese Bestrebungen der polnischen Politik mit besonderem Interesse, da Polen in einem solchen Vertrag ein erfolgreiches Instrument zu schaffen hofft um die für Polen immer bedrohlicher werdende deutsch-russische Freundschaft mit englischer Hilfe zu parieren.

Die Dawes-Leistungen „natürlich unmöglich“.

Das Urteil eines Mitgliedes des Transfer-Komitees.

Washington, 8. Februar. Das frühere Mitglied des Transfer-Komitees, Sterrett, erklärt in einem Bericht über die Auswertung des Dawes-Plans: Die Festlegung der endgültigen Schuldsumme Deutschlands ist in früheren Jahren aus klimatischen Gründen in großen Schwierigkeiten. In all diesen Angelegenheiten ist die Stimmung mit 75 Prozent und die wirtschaftliche Überlegung mit 25 Prozent beteiligt. Die Stimmung hat sich in den letzten Jahren immer mehr gebessert. Einen weiteren Fortschritt bedeutet der Vornahme-Vertrag. Auch die Annahme der Eigentumsvorsorge wäre möglich. Deutschland weiß, daß diese Frage nicht über Nacht erledigt werden kann, aber ein Scheitern des Geistes würde dort einige Enttäuschungen hervorrufen.

Aus den Erklärungen, die Sterrett nach einer Unterredung mit Coolidge über die Wirtschaftslage Deutschlands und Europas abgab, ist noch folgendes hervorzuheben: So man will oder nicht, der Dawes-Plan sieht vor, daß Deutschland jetzt eine Kriegsschuld von 625 Millionen Dollar jährlich bezahlt. Das ist natürlich unmöglich.

Mit Bezug auf die Meinungen der deutschen Anwalte und die Möglichkeit der Aufhebung einer inneren Anleihe erklärte Sterrett, diese Bemerkung, daß die deutschen inneren Anleihen eine sehr sichere Kapitalanlage für Amerikane seien. (T. N.)

Die deutsch-französischen Handelsbeziehungen.

Verhandlungen über ein neues provisorisches Abkommen. Paris, 8. Februar. Heute vormittag wurde unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik ein Ministerat abgehalten. Irland berichtete über die auswärtige Lage. Außerdem berichteten er und Handelsminister Polanowski über die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Die Agentur Davaas will auf Grund ihrer Erkundungen nach Schluß des Ministerrates mitteilen können, daß die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen provisorischen deutsch-französischen Handelsabkommens in befriedigender Weise voranschritten, daß aber der Abschluß verzögert werde wegen der Schwierigkeiten, die sich wegen der Zulassung französischer Weine nach Deutschland ergeben hätten. Ein neuer Ministerrat findet am Sonnabend statt. (T. N.)

Demokratische Anfrage über den Zolltarif.

Berlin, 8. Februar. Die Demokraten haben im Reichstag eine ausführliche Interpellation eingebracht, die darauf hinweist, daß das Zolltarifgesetz vom 17. August 1925 am 31. März 1927 außer Kraft tritt. Es sei zu befürchten, daß der neue Zolltarif wieder hinter verschlossenen Türen und unter unkontrollierbaren Einflüssen zustandekomme. Die Reichsregierung wird gefragt, wann sie den Entwurf eines neuen Zolltarifgesetzes vorlegen und in welcher Weise sie den Reichstag an den hierfür nötigen Vorarbeiten beteiligen wolle.

Die heutige Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 8. Febr. Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung seine geschäftsordnungsmäßige Zustimmung zu den drei Vorlagen des Reichsarbeitsministers erteilt, welche auf Grund des § 7 des betriebligen Arbeitszeitgesetzes die Arbeitszeit für gewisse Arbeitergruppen in den Gaswerken mit Licht- und Gasindustrien auf acht Stunden beschränken. Anschließend dieses Beschlusses gab das Kabinett ferner seine Einwilligung zu einer beschleunigten Erledigung des in der Niederungsklärung bereits angekündigten Kollektives über die Arbeitszeit.

Die Gladre der Reichsfinanzminister.

Berlin, 8. Februar. Wie verlautet, wird der neue Reichsfinanzminister Dr. Richter seine Rede zum Etat am Mittwoch nächster Woche im Reichstag halten. Der neue Reichsfinanzminister wird sich Ende des Monats nach München begeben, um dort mit der bayerischen Staatsregierung über den Finanzausgleich zu verhandeln.

Bei Grippegefahr Formamint Tabletten